

## **Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

der Landtagsabgeordneten KR Erich Valentin, Mag. Josef Taucher, Mag. Nina Abrahamczik, Kathrin Gaal, Ernst Holzmann, Waltraud Karner-Kremser, MAS, Mag. Gerhard Spitzer und KR Friedrich Strobl (SPÖ), sowie Mag. Rüdiger Maresch und Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE), sowie Ing. Udo Guggenbichler, Manfred Hofbauer, MAS, Dominik Nepp und Mag. Dr. Alfred Wansch (FPÖ), sowie MMag. Dr. Gudrun Kugler (ÖVP)

eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 18. März 2016 zu Post 2 der Tagesordnung betreffend „**Gegen EURATOM-Ausrichtung**“

### **Begründung**

Beim Wiener Atomgipfel am 7. März 2016 - an dem neben NGOs auch Anti-Atombeauftragte der Bundesländer sowie die UmweltsprecherInnen der im Wiener Landtag vertretenen Parteien teilnahmen - wurde die aktuelle EURATOM – Strategie diskutiert. Auch nach 30 Jahren nach dem Tschernobyl-Unfall ist die Zahl der Toten und Geschädigten erschreckend. Umso unverständlicher, dass die Europäische Union noch immer nicht ihre Einstellung und Strategie bezüglich der Atomenergie revidiert hat.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

## **Beschluss- (Resolutions-) Antrag**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf:

- Österreich soll sich dafür einsetzen,
  - o dass EURATOM-Gelder nur noch für konkrete, frühzeitige AKW-Stilllegungen - deutlich vor dem geplanten Laufzeitende der jeweiligen Anlage - verwendet werden oder in erneuerbare Energien und Energieeffizienzmaßnahmen investiert werden,

- o dass überhaupt keine EU-Gelder in Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen fließen oder zur sonstigen Unterstützung der Kernenergie eingesetzt werden,
- o sollte keine Richtungsänderung von EURATOM verhandelbar sein, dass ein Ausstieg überprüft werden soll.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

Wien, 18. März 2016

